

# auroora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

21 Nov/Dez 2021 | Normalpreis: 1€ | Solipreis: 2€

**rso**  
revolutionär sozialistische organisation

## LEITARTIKEL

**Inflation, Lieferengpässe,  
Krise in China:  
Was kommt auf uns zu?**

Seite 2

## AUS DEN BETRIEBEN

\*Leiharbeit in der Pflege

\*Streik in Kindergärten

\*Streikwelle Pflege in  
Dänemark

\*Proteste Metallindustrie

Ab Seite 6

## DEUTSCHLAND

\*Bundestagswahl

\*Festung Europa

Ab Seite 12

## ÖSTERREICH

\*House of Kurz

\*Ökosoziale  
Steuerreform

Ab Seite 14

## INTERNATIONAL

\*Streikwelle in den USA

\*Proteste im Sudan

Ab Seite 17

## REZENSION

\*Squid Game — Fiktion  
trifft Realität

Seite 19



## Das Leben – ein Spiel?

Der österreichische Kanzler Kurz versucht(e) mit gezinkten Karten an die Macht zu gelangen und sie auch zu halten. Ob das "House of Kurz" hält und wie es weitergehen wird - wir werden es bestimmt in unterhaltsamen Kurznachrichten lesen.

Wer eher auf Seifenopern steht, soll sich lieber die Koalitionsverhandlungen anschauen – wer kann mit wem, wer bekommt welchen Posten, wer kann welche Forderung in den Koalitionsvertrag reinschreiben, um ihn später nicht einzuhalten.

Derweil kämpfen die Geflüchteten an den Grenzen gegen Polizei, Wetter und unmenschliche Bedingungen an - halt ein echtes „Squid Game“. Die VIPs – EU-Abgeordnete.

Andere entdecken gerade für sich das durchaus langatmige, aber effektive Spiel „Streik“. Von den Erzieher:innen in Wien,

den Automobilarbeiter:innen in Deutschland, über viele Branchen hinweg in den USA, bis hin zum Krankenhauspersonal von Berlin bis Kopenhagen, alle sind sie mehr oder weniger davon angetan.

Die reichsten Menschen dieser Erde vermehren derweil weiter ihren Reichtum, verzocken unsere Lebensgrundlagen und spielen die profitabelsten Endzeit-szenarien durch.

Die Grünen in Österreich beanspruchen für sich, dagegenzuhalten und verabschiedeten eine ökosoziale Steuerreform — unser Fazit: Game over, kein Neubeginn möglich.

Insgesamt ziehen wir den Schluss: wir müssen die Spielregeln ändern! Das bedeutet Co-op<sup>1</sup> statt Alle-gegen-Alle und Sozialismus statt Kapitalismus. ■

<sup>1</sup> steht in der Spielerszene für Kooperation.

### Inflation, Lieferengpässe, Krise in China: **Was kommt da auf uns zu?**

**D**ie offizielle Inflationsrate in Deutschland lag im Oktober im Vergleich zu vor einem Jahr bei 4,5 %. Bei der Energie (Heizkosten, Benzin und Strom) gehen die Preise noch viel stärker nach oben. Während nun wieder über die Gefahren einer länger anhaltenden Inflation diskutiert wird, gibt es auch andere Entwicklungen in der Weltwirtschaft, die Anlass zur Sorge bieten. Wir wollen uns ein paar davon anschauen.

Container, die ohne Ware so viel wert sind wie voll beladene, und riesige Staus vor den größten Häfen der Welt ... Große Frachtschiffgiganten, die zu noch größeren Schifffahrts-Monopolen gehören ... Mikrochips, die unter anderem in der Autoindustrie fehlen, was ein Stocken der Produktion zur Folge hat ... Das sind aktuell ein paar absurd anmutende Erscheinungen der Weltwirtschaft. Wir wollen den Ursachen dafür ein bisschen näher auf den Grund gehen.

#### **Die Lieferengpässe – wie sind sie entstanden?**

Nach dem Corona-Lockdown kamen einige Länder früher als andere wieder dazu, ihre Wirtschaft hochzufahren. Da der Nachholbedarf in verschiedenen Bereichen groß war und in der globalisierten Welt der erdumspannenden Just-In-Time-Lieferketten diejenigen zuerst mahlen, die zuerst kommen, geriet Europa ins Hintertreffen. China war schneller dabei, Zwischenprodukte wie Mikrochips aufzukaufen.<sup>1</sup> Auch der Klimawandel lässt in Form von Hochwassern grüßen, die zu Fabrik-schließungen und Lieferengpässen führen.<sup>2</sup>

die drei Unternehmen oder Allianzen in der Schifffahrt, die zusammen 83 Prozent des gesamten Marktes kontrollieren. Waren werden zwar wohl nicht, wie manchmal behauptet, zurückgehalten, aber aufgrund der Monopolstellung können die Preise kontrolliert werden und die Schiffe, die jetzt fehlen, werden erst in Jahren gebaut sein. Außerdem sind jetzt schon die Häfen ausgelastet. Die Frachtpreise haben sich seit Mitte des Jahres mehr als verdoppelt.<sup>3</sup> Der Mangel an Containern ist auch darauf zurückzuführen, dass viele leere Container in Amerika stranden. Weil aus Amerika viel weniger exportiert als importiert wird, können längst nicht alle gefüllt zurückkommen und einige Firmen entscheiden sich, die leeren Container zurückzulassen. Zumindest solange, bis durch ihre Verknappung ihr Wert exorbitant ansteigt.<sup>4</sup>

Die Containerschiffe werden seit Jahren immer größer. Die unvorstellbare Größe der Schiffe hat nicht nur buchstäbliche Engpässe zur Folge, wie der des Containerriesen „Ever Given“, der durch sein Feststecken im Suezkanal für 6 Tage den Welthandel blockierte. Diese größeren Containerschiffe sind auch weniger

ferketten anfällig für den Mangel an Zwischenprodukten sind und es keine Planung der Reserven gibt. Nun kommt zu dieser Lage noch hinzu, dass immer wieder Häfen aufgrund von Corona-Ausbrüchen geschlossen werden müssen, wie der viertgrößte Containerhafen der Welt im chinesischen Yantian. Die Schiffe steuern andere Häfen an, sofern sie dies können, welche aber meist auch schon ausgelastet sind. In dieser Situation ist es schwierig zu planen, wann die Ware bei den Unternehmen ankommt.

Die vollen Auftragsbücher von Autoherstellern nützen ihnen wenig, wenn aufgrund eines Mangels an Halbleitern diese Aufträge nicht erfüllt werden können. Die Auslagerung der Produktion in Niedriglohnländer zeigt nun ihre Kehrseite. Die weltweite Arbeitsteilung folgt nicht irgendwelchen produktionstechnischen Gründen, sondern der Logik des Kapitalismus, der nicht nach den Bedürfnissen, sondern nach Profiten produziert. Nur das größere Maß an möglicher Ausbeutung ist der Grund für Verlagerungen bestimmter Produktionszweige in andere Gegenden der Welt. Wenn wir uns nochmal das Beispiel der Mikrochips anschauen:

**« Mit dem Sieg der Just-In-Time-Produktion sorgt jeder Engpass für eine kleine Krise, da die Lieferketten anfällig für den Mangel an Zwischenprodukten sind und es keine Planung der Reserven gibt. »»**

Der Konkurrenzkampf findet auch um die Häfen statt, die durch das plötzliche Anziehen des Handels an ihre Grenzen stoßen. Alle wollen ihre Ware erhalten, aber nicht alle können es. Gewinner sind

flexibel und können nicht in jedem Hafen anlegen. In der globalisierten Weltwirtschaft und mit dem Sieg der Just-In-Time-Produktion sorgt jeder Engpass für eine kleine Krise, da die Lie-

Europa und die USA waren bis etwa 1990 weltweit führend in der Produktion von Mikrochips. Doch da die Profitmargen bei der reinen Produktion nicht so groß waren, wie bei der Entwicklung und Patentierung der Chips, hat man sich praktisch nur noch darauf verlegt und die schnöde physische Herstellung der Halbleiterknirpse in Asien machen lassen. Inzwischen gehört ein taiwanesischer Chip-Produzent – TSMC – mit einem Börsenwert von 500 Mrd. US-\$ zu den 11 wertvollsten Unter-

nehmen der Welt. Und in China wurden allein zwischen Januar und Oktober 2020 58.000 Chip-Herstellers-Firmen gegründet!<sup>5</sup>

Doch die Kapitalist:innen in den westlichen Industrieländern machen trotzdem satte Gewinne (VW stellte im 1. Halbjahr 2021 mit 11 Mrd. Euro einen neuen Rekord auf) und wälzen gleichzeitig die „Krisenlasten“ auf die Arbeitenden und ihre angeblich zu hohen Lohnkosten ab. Denn die Kapitalisten nutzen auch die jetzige Krise um Löhne zu drücken und Arbeitszeiten nach ihren Bedürfnissen zu flexibilisieren, die Beschäftigten immer weiter auszubeuten und zu überwachen. Stichwort ist hier die durch den Staat zum größten Teil finanzierte Kurzarbeit als direkte Subvention für die Unternehmen, die aber trotzdem einen Lohnverlust für die Beschäftigten von ungefähr 15 % zur Folge hat. Zehntausende Beschäftigte der Autoindustrie werden in Kurzarbeit geschickt, während Hunderttausende Autos nicht fertig gebaut werden können.<sup>6</sup> Die Automobilkonzerne versuchen ihre Profite zu halten, indem sie vor allem zuerst teure Luxus-Autos produzieren, der Rest kann warten. Im VW-Werk in Wolfsburg sollen nach Konzernplanungen bis zu 30.000 Stellen gestrichen werden, als Grund wird die Umstellung auf Elektroautos genannt.<sup>7</sup> Es wird zwar behauptet, auch um die Faktoren Corona und Halbleiterkrise bereinigt, würde das Stammwerk nicht ausreichend Autos produzieren, doch das ist nur ein Vorwand für die lange schon geplanten Vorhaben. Mit der „EMobilität“ wiederholt sich dasselbe, wie sonst auch, wenn durch effizientere Maschinen Arbeit eingespart wird: Es wird als Vorwand genutzt Stellen zu streichen, statt durch die Arbeitseinsparung das Leben der Beschäftigten zu verbessern.

### **Eine gefährliche Spekulationsblase in China**

Ein anderes besorgniserregendes Element für die Aussichten der Weltwirtschaft ist eine Immobilienkrise in China. Wer sich erinnert, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 durch das Platzen einer Immobilienblase in den USA ausgelöst wurde, ahnt, wie gefährlich das sein kann. Chinas Wachstum schien in

den letzten Jahren eine sichere Bank und der chinesische Markt wurde für viele Exportindustrien, insbesondere die Automobilindustrie immer wichtiger. Sollte es also zu größeren Pleiten in China kommen und der dortige Markt einbrechen, so hätte das gewaltige Auswirkungen weltweit.

Was ist los mit Chinas Baubranche? Zunächst ist wichtig zu verstehen, was für eine gewaltige Bedeutung diese Branche innerhalb der chinesischen Wirtschaft besitzt. Die chinesische Gesellschaft hat sich durch den Industrialisierungsschub in den letzten dreißig Jahren grundlegend verändert. Während 1980 noch 80 % der Chines:innen auf dem Land lebten, leben heute zwei Drittel in den ständig wachsenden Städten. In absoluten Zahlen: Von 1990 bis 2018 kamen 539 Millionen Stadtbewohner:innen hinzu. Für die chinesischen Kapitalist:innen sind das ausbeutbare Arbeitskräfte, aber für die Bauindustrie ist das auch ein Riesensystem. So erklärt sich, dass die Baubranche ca. 30 % der Wirtschaftsleistung in China ausmacht.

Gleichzeitig ist der Wohnungsmarkt in diesem Land, das immer noch von einer Partei regiert wird, die sich „kommunistisch“ nennt, extrem durchkapitalisiert. In früheren Zeiten mussten Staatsbetriebe ihren Beschäftigten Wohnungen stellen. Das wurde im Zuge der marktwirtschaftlichen Reformen 1998 gekippt. Mieten sind in den schnell wachsenden Megastädten kaum erschwinglich, so dass alle, die es irgendwie schaffen können, in Wohneigentum investieren. In der Regel heißt das, sich über beide Ohren zu verschulden, doch leben mittlerweile 90 % der chinesischen Haushalte in eigenem Eigentum (1990 waren es nur 17 %).<sup>8</sup> Die Kredite dafür wurden recht großzügig zur Verfügung gestellt, da die seit Jahren steigenden Immobilienpreise Wohnungen als sichere Anlage gelten

ließen (in zwanzig Jahren haben sich die Preise in den großen Städten versiebenfacht!).

Immobilien sind für viele Chines:innen zugleich die beliebteste Form der Geldanlage, sei es als Alterssicherung oder als Notreserve für schlechte Zeiten. Denn die Inflation frisst Sparguthaben schnell

## **« Im Unterschied zum neoliberalen Westen versucht der chinesische Staat, die Wirtschaft stark zu lenken. Aber ein bisschen mehr „Wirtschaftsplanung“ macht die Widersprüche des Kapitalismus noch lange nicht beherrschbar! »»**

auf, chinesische Aktien sind nur etwas für Menschen mit starken Nerven und die Investition in ausländische Aktien ist nicht erlaubt.

Aus diesen Gründen hat sich in den letzten Jahren eine große Spekulationsblase entwickelt, die auf einem Schuldenberg aufgebaut ist. Viele Wohnungen wurden nur noch zum Weiterverkauf erworben, ca. 90 Millionen Neubauwohnungen in China stehen leer. Das heißt nicht unbedingt, dass sie keine Käufer:innen gefunden haben, aber eine nicht geringe Zahl von ihnen kauft nur, um teurer weiter zu verkaufen. Das klassische Schneeballsystem, das Spekulationsblasen ausmacht. Wenn die letzten Investor:innen keine Abnehmer:innen mehr finden, dann platzt die Blase und die Preise purzeln.

Die chinesische Führung ist sich seit Jahren der entstehenden Blase bewusst und im Unterschied zum neoliberalen Westen versucht der chinesische Staat, die Wirtschaft stark zu lenken. Aber ein bisschen mehr „Wirtschaftsplanung“ macht die Widersprüche des Kapitalismus noch lange nicht beherrschbar! Ein Problem ist zum Beispiel, dass die Finanzen der chinesischen Kommunen zum großen Teil am Immobiliensektor hängen. Indem sie Bauland ausweisen und verkaufen, können sie große Einnahmen erzielen, ohne die die meisten Kommunen pleite wären. Schätzungen zufolge stammen um die 40 % der kommunalen Einnahmen aus dieser Quelle.<sup>9</sup> So dass die Versuche, kontrolliert Luft aus der Blase abzulassen, an anderer Stelle zum Auftauchen großer Verschul-

dungsprobleme führen werden.

Und letztlich waren es sogar die Versuche des chinesischen Staates, mäßigend auf die Immobilienspekulation einzuwirken, die im Fall von Evergrande zur Zahlungsunfähigkeit geführt haben. Evergrande ist dabei nicht der einzige Immobiliengigant in Schwierigkeiten, aber durch seine Größe ist er das beunruhigendste Symptom der Krise. 200.000 Beschäftigte sind bei Evergrande angestellt, über drei Millionen Arbeitsplätze hängen an seinen Bauprojekten.

Die chinesische Regierung zögert offenbar, Evergrande nach dem Motto „too big to fail“ zu retten, weil das die Spekulant:innen darin bestärken könnte, weiter an der Preisspirale zu drehen. Doch wenn Evergrande pleite geht, dann könnten die Auswirkungen sich durchaus mit *Lehman Brothers* (die US-Bank, die die Finanzkrise 2008 ausgelöst hat) vergleichen lassen.

Zwar ist Evergrande zu 95 % in chinesischen Händen, das heißt unmittelbare Auswirkungen auf das westliche Finanzsystem wird es kaum geben, aber die Immobilienkrise könnte viele Millionen Chines:innen gerade aus der zahlungs-

Miete, Heizung, Fahrtkosten und Lebensmittel einen Großteil ihrer Ausgaben ausmachen, sind die Preissteigerungen noch viel empfindlicher: Gemüse zum Beispiel ist um 9,2 % teurer geworden.<sup>10</sup>

Aber den großen Batzen machen die Energiepreise aus. Insbesondere Erdgas, aber auch andere fossile Energieträger haben rasant zugelegt. Der Erdölpreis hat sich im Vergleich zum Tiefststand vom letzten Jahr verfünffacht, beim Gas gab es eine Verdreifachung des Preises innerhalb weniger Monate.

Das betrifft unmittelbar die Kosten für Heizung im nun beginnenden Winter. Aber die Energiepreise finden sich am Ende in den meisten Produkten wieder, weil Hersteller:innen die gestiegenen Kosten an die Endverbraucher:innen weitergeben. Die Versorgungsschwierigkeiten mit bestimmten Gütern aufgrund der oben beschriebenen Lieferengpässe kommen noch hinzu.

Doch was sind die Gründe für die Preissprünge bei der Energie? Zum einen, ganz ähnlich wie bei dem Rückstau der Containerschiffe, ist es das Einsetzen der Nachfrage nach dem Corona-Lockdown im letzten Frühjahr, der die Preise zum

verschiedenen Anbieter, die man kaum Versorger nennen kann, da sie weder Gas produzieren, noch für die Verteilernetze zuständig sind, konkurrieren vor allem über den Beschaffungspreis. Das heißt, statt auf langfristige Lieferverträge setzen sie auf Schnäppchenjagd in den Erzeugerländern. Und als die Preise anzogen, haben viele darauf gesetzt, dass sie auch wieder fallen werden und die Bestückung ihrer Gasspeicher auf später verschoben. Da war die Not dann umso größer und es musste am Ende noch teurer eingekauft werden.

Noch härter trifft es wie üblich die Länder des globalen Südens. In Pakistan, Indien und Bangladesh beispielsweise führt die Energiekrise zu Gas- und Stromausfällen.<sup>11</sup>

Die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler:innen und Politiker:innen bemühen sich angesichts des Preisanstiegs um beruhigende Worte. So schrieb das Ifo-Institut im September: „Die höheren Inflationsraten scheinen auf vorübergehenden Effekten zu beruhen, so dass die Inflationsraten wohl nur temporär überschießen werden und sich dann wieder normalisieren werden.“<sup>12</sup>

Wie sehr sich auch die bürgerlichen Wirtschaftsschulen unterscheiden, so tun die meisten von ihnen so, als wäre die größte Gefahr für eine „echte“ Inflation eine „Lohn-Preis-Spirale“: Gefährlich wäre es angeblich, wenn nun unter dem Eindruck der Inflation hohe Lohnabschlüsse kämen, die dann die Preise weiter steigen ließen ...

Das ist wirklich bürgerliche Propaganda der besten Sorte. Als ob die Arbeitenden Schuld wären, wenn sie Reallohnverluste nicht einfach hinnehmen wollten. In der Tat gibt es bisher an dieser Stelle wenig Grund zur Beruhigung:

Die Tarifabschlüsse im letzten Jahr lagen im Schnitt bei + 1,6 %, wie das gewerkschaftsnahe WSI-Tarifarchiv im Sommer bekannt gab. Auch die Deutsche Bahn hat nach dem Streik der GDL gerade mal 1,5 % für dieses Jahr locker gemacht, während sie mit Verweis auf die steigenden Energiepreise die Tickets im Fernverkehr um 1,9 % erhöhen werden.

## « Die Argumentation mit der Lohn-Preis-Spirale nutzt nur den Unternehmen und ist ein weiteres Mittel, die Lasten der kapitalistischen Krisen und Widersprüche auf die Arbeitenden abzuwälzen. »

fähigen Mittelschicht empfindlich treffen, deren Nachfrage für die Weltwirtschaft in den letzten Jahren so entscheidend war.

### Die Rückkehr der Inflation

Hierzulande sind es sicherlich die enorm gestiegenen Preise, die die Mehrheit der Arbeitenden zuallererst beschäftigen. Von den 4,5 % Inflationsrate ist ungefähr 1 % ein „statistischer Effekt“, der darauf beruht, dass im letzten Jahr Corona-bedingt die Mehrwertsteuer gesenkt und dieses Jahr wieder erhöht wurde. Da die Inflation im Jahresvergleich gemessen wird, fällt dies ab Januar wieder weg.

Doch dann bleiben immer noch 3,5 % übrig. Und für ärmere Haushalte, für die

Steigen gebracht hat. Die Überlastung der Häfen hat die Lage auf dem Markt verschärft, weil heutzutage Gas nicht mehr nur über Pipelines transportiert, sondern auch als Flüssiggas verschifft wird.

Doch ein Teil des Preisanstiegs ist auch der Neoliberalisierung der Gasversorgung geschuldet. Während früher meist ein staatlicher Anbieter für die Versorgung mit Gas verantwortlich war, der langfristige Lieferverträge mit den Förderstaaten hatte, hat die „Öffnung für die (private) Konkurrenz“, die hier genauso durchgeführt wurde wie bei Stromversorgung, Bahnverkehr, Post und Telekommunikation, die Versorgung sehr viel marktabhängiger gemacht. Die



Die Argumentation mit der Lohn-Preis-Spirale nutzt nur den Unternehmen und ist ein weiteres Mittel, die Lasten der kapitalistischen Krisen und Widersprüche auf die Arbeitenden abzuwälzen. In Wirklichkeit hängt es von vielen Faktoren, den Kräfteverhältnissen und der Konkurrenzsituation ab, ob Unternehmen gestiegene Lohnkosten tatsächlich an die Kund:innen weitergeben können. Natürlich versuchen das die Kapitalist:innen, aber höhere Löhne können auch auf Kosten der Profitmargen gehen, ohne dass die Produkte teurer werden.

Die Arbeiter:innenbewegung hat schon vor Hundert Jahren eine andere Antwort auf Inflation gefunden: Die „gleitende Lohnskala“, also eine automatische Anpassung der Löhne an die Preise. Dabei müssen die Arbeitenden sich organisiert einmischen in die kapitalistische Wirtschaftsordnung und Preisgestaltung sowie die Machenschaften des Kapitals unter die Lupe nehmen, um letztlich das kapitalistische System zu überwinden. Das wäre die passende Antwort auf die Krisentendenzen in der heutigen Weltwirtschaft, die die verantwortlichen Profiteure zur Rechenschaft ziehen würde.

Kommt nun eine größere Weltwirtschaftskrise? Wiederholt sich 2008, oder sogar 1929? Das kann niemand ernsthaft beantworten. Der Zweckoptimismus der „Wirtschaftsweisen“ ist jedenfalls fehl am Platze. Die kapitalistische Produktionsweise ist für die große Mehrheit der Menschheit eine Plage. Der Klassenkampf wird sich vermutlich verschärfen. Es ist jedenfalls unsere Aufgabe, Widerstand zu organisieren. ■

Kira Harper, Düsseldorf und Richard Lux, Berlin

#### Referenzen

- 1 <https://www.capital.de/wirtschaftspolitik/das-long-covid-der-weltwirtschaft>
- 2 <https://www.fr.de/wirtschaft/coronavirus-pandemie-flutkatastrophe-lieferengpaesse-knappheit-preiserhoehung-wirtschaft-90904650.html>
- 3 <https://www.capital.de/wirtschaftspolitik/warum-es-im-welthandel-gerade-so-viele-flaschenhaelse-gibt>
- 4 <https://www.capital.de/wirtschaftspolitik/container-lieferengpaesse-haefen-interview-robin-jaacks>

5 Evgeny Morozov: Machtspiele mit Mikrochips, in: *Le Monde diplomatique*, August 2021, online: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5790492>

6 <https://www.autozeitung.de/coronavirus-auswirkungen-auf-autobranche-automobilindustrie-198071.html>

7 <https://www.auto-motor-und-sport.de/verkehr/diess-stellenabbau-wolfsburg-vw-30000-jobs/>

8 <https://finanzmarktwelt.de/wie-evergrande-den-chinesischen-immobilien-hype-beendet-211626/>

9 Siehe z. B. Chang Liu/Wei Xiong: China's Real Estate Market, online: <https://wxiong.mycpanel.princeton.edu/papers/HousingChapter.pdf>

10 <https://www.rnd.de/wirtschaft/inflation-tanken-heizen-lebensmittel-was-jetzt-teuer-wird-EQYR5AA SIVBCDP2UV6P6XUVHII.html>

11 James Meek: No Cup of Tea, in: *Le Monde diplomatique*, deutsche Ausgabe, November 2021, S. 11.

12 <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2021-09-demary-et-al-inflationx.pdf>

# Leiharbeit in der Pflege – lohnt sich!?

**W**ährend der Coronapandemie wurde besonders deutlich, was alle vorher eigentlich schon wussten: die Situation an deutschen Krankenhäusern ist katastrophal und das Personal am Limit. Daher gab es in den letzten Jahren mehrere Proteste und Streiks von Klinikbeschäftigten, um für bessere Arbeitsbedingungen sowie mehr Personal zu kämpfen – ein aktueller Kampf ist z. B. die Berliner Krankenhausbewegung (siehe dazu Aurora Nr. 19 und 20). Nichtsdestotrotz verlassen viele den Pflegeberuf nach einigen Jahren oder versuchen in Bereiche mit vermeintlich besseren Arbeitsbedingungen zu wechseln, wie z.B. in die Leiharbeit. Richtig, in der Pflege ist die Leiharbeit eine attraktive Alternative zur Festanstellung.

### Glücksfall Leiharbeit?

Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind hart. Es gibt Schicht- und Wochenenddienste sowie Überstunden, die den Beruf anstrengend machen, aber sich auch auf das Privatleben auswirken. Die Bezahlung ist gering, vor allem in der Altenpflege, und die körperlichen und psychischen Auswirkungen von Überlastung durch Personalmangel hoch. Laut einer Studie einer Pflegeleihfirma<sup>1</sup> unter 386 Pflegekräften gaben 40 % der Kolleg:innen an, wegen des niedrigen Gehalts und 23 % wegen zu vielen Nacht-, Feiertags- und Wochenenddiensten den Beruf verlassen zu haben. Ein Ausweg für Pflegekräfte aus diesen Arbeitsbedingungen ist die Leiharbeit.

Diese Flucht hat in der Alten- und Krankenpflege einen individuellen Charakter und ist auch ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit genau diesen Arbeitsbedingungen. Neben höheren Gehältern können Leiharbeiter:innen

wie z.B. als Hygienebeauftragte:r oder die Anleitung von Azubis fallen weg. Leiharbeiter:innen müssen sich nicht mit Stationsleitungen ärgern und können, wenn es ihnen nicht gefällt, die Station bzw. die Klinik ohne Probleme wechseln.

### Aber ...

Für viele Kolleg:innen sind die extreme Flexibilität des Einsatzortes, kein festes Team zu haben sowie der fehlende Austausch mit Kolleg:innen Gründe gegen die Leiharbeit. Und vor allem für die festen Teams auf Station kann es mit dem Einsatz von kurzzeitig eingesetzten Leiharbeiter:innen zu Problemen kommen: sie kennen sich nicht im Bereich aus, sie benötigen Einweisungen und Betreuung in die Dokumentationssysteme, interne Abläufe, etc. und können meisten keine Extraaufgaben übernehmen, welche dann von kleinerem Stammpersonal übernommen werden muss. Es entsteht keine Teamdynamik und es fehlt meist

Leiharbeitsfirmen, es gibt keine Identifizierung mit der Leihfirma bzw. mit den anderen Kolleg:innen, da diese an verschiedenen Standorten arbeiten. Und, wenn es zu Arbeitskämpfen am Einsatzort kommt, können sie schwierig in die betrieblichen Auseinandersetzungen einbezogen werden und werden im schlimmstem Falle als Streikbrecher:innen eingesetzt.

### Verbot von Leiharbeit?

Leiharbeit in der Pflege wird auch in der Politik heiß diskutiert. In Berlin beschreibt die noch Gesundheitsministerin Dilek Kalayci diese wie folgt: „Durch Leiharbeit sind Patientensicherheit, Pflegequalität und Versorgungssicherheit gefährdet. Die Belastung für die festangestellten Pflegekräfte steigt“. Leiharbeit ist vor allem in Berliner Kliniken ein Thema, auf manchen Stationen ist fast jede dritte Pflegekraft von einer Leiharbeitsfirma, ohne Leiharbeit würden die Kliniken zusammenbrechen. Und während im Bundesdurchschnitt rund 2 % der Pflegebeschäftigten in der Leiharbeit tätig sind, sind es in Berlin 5,4 % in der Krankenpflege und 4,8 % in der Altenpflege<sup>2</sup>.

Scheinbar will die Politik nun die Leiharbeit in der Pflege unterbinden, um gegen den Personalmangel vorzugehen. Mit Druck aus Berlin gab es z. B. im März 2020 eine Bundesratsinitiative zur Eindämmung der Leiharbeit in der Pflege, welche zurzeit aufgrund der Corona-Krise pausiert. Und obwohl diese pausiert, konnten schon erste „Erfolge“ verzeichnet werden, z. B. hat das Vermittlungsportal „Insitu“ ange-

**« Die Privatisierung der Pflege, die Sparpolitik und der Investitionsstau in die Infrastruktur führten zu diesen desaströsen Zuständen und ganz sicher nicht der Wunsch von Kolleg:innen für bessere Arbeitsbedingungen. »»**

ihre Dienste unabhängig planen, d. h. sie können Schichten und Urlaub frei wählen und sie müssen z.B. nicht kurzfristig aus dem Frei einspringen. Auch zusätzliche Aufgaben, welches festes Personal nebenbei erledigen muss,

das Vertrauen zwischen den Kolleg:innen sowie zu den Patient:innen. Auch können Leiharbeiter:innen schwieriger in den Arbeitskampf mit einbezogen werden. Es gibt kaum eine gewerkschaftliche Organisation in den

kündigt, welches mit ca. 300 Leasingfirmen zusammen arbeitet, dass es nur noch die Firmen vermitteln wird, die eine Preisobergrenze einhalten. Damit sinken dann auch die Löhne der Pflegeleiharbeiter:innen und diese sollen dann so zurück in die Klinik „motiviert“ werden.

Doch die Politik selbst hat die Rahmenbedingungen gesetzt mit der Öffnung des Gesundheitswesens am „Markt“. Altenheime und Krankenhäuser wurden zu Anlagemöglichkeiten mit hohen Renditeerwartungen und mittlerweile gibt es mehr Häuser privater Klinikkonzerne<sup>3</sup> wie Helios als in öffentlicher Trägerschaft. Denn im Kapitalismus ist es natürlich, dass da, wo es Rendite geben soll, gespart werden muss. Das Personal ist mit durchschnittlich 62 % der größte Kostenpunkt in der Klinik und daher ist es auch nicht verwunderlich, dass hier die Sparschraube angesetzt wurde. Über Jahre hinweg wurde das Personal weniger und nun ist die Situation so angespannt, dass die Politik dagegen steuern muss. Aber anstatt Anreize für die Pflege zu schaffen, wie mit höheren Löhnen, versuchen sie z. B. Leiharbeitsfirmen als Unmoralisch darzustellen und die Kolleg:innen dort zu diskreditieren.

Die Bundesratsinitiative wurde auch durch Krankenhäuser wie der Berliner Universitätsklinik Charité oder dem „Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.“ (bpa) unterstützt. Den Chefs gefällt die Flexibilität der Kolleg:innen scheinbar nicht, die sich selber aussuchen können, unter welchen Bedingungen sie arbeiten möchten. Die Pflegedirektorin der Charité, Judith Heepe, verkündete stolz, dass sie den Leiharbeiter:innenanteil auf 1 % drücken konnte. Wie hat sie das angestellt? Beispielsweise hat sie „Jokerdienste“ eingeführt, die zum Teil mit bis zu 200 € Stundenlohn das Stammpersonal motivieren sollte, Extraschichten auf anderen Stationen zu übernehmen und so die Leiharbeitsrate zu drücken – aber auf Kosten der Gesundheit der Kolleg:innen. Aber auch mit diesen Manövern benötigt die Charité für viele Intensivstationen Leiharbeiter:innen, um den Betrieb aufrecht erhalten zu

können. Leiharbeit ist auch an der Charité schon lange keine Ausnahme mehr, um z. B. Ausfälle im Personal abzufedern, sondern für den Dauerbetrieb.

### Leiharbeit und Mindestbesetzung

Die Kämpfe für mehr Personal auf Station müssen auch das Thema Leiharbeit mit einbeziehen. Schon heute laufen Stationen z. T. nur noch mit der Unterstützung von Leiharbeiter:innen und eine Mindestbesetzungsregelung kann dazu führen, dass noch mehr externes Personal dazu kommt mit den vorher genannten Problemen für das Stammteam.

So wurde auch innerhalb der Berliner Krankenhausbewegung der Punkt Leiharbeit diskutiert und soll in den zukünftigen Tarifvertrag der Charité einfließen. Als Belastungssituation gilt, die zu Entlastungspunkten<sup>4</sup> führt, wenn Leasinganteil in der jeweiligen Schicht im Bereich größer 50% ist (z.B. für OPs durchaus wichtig).

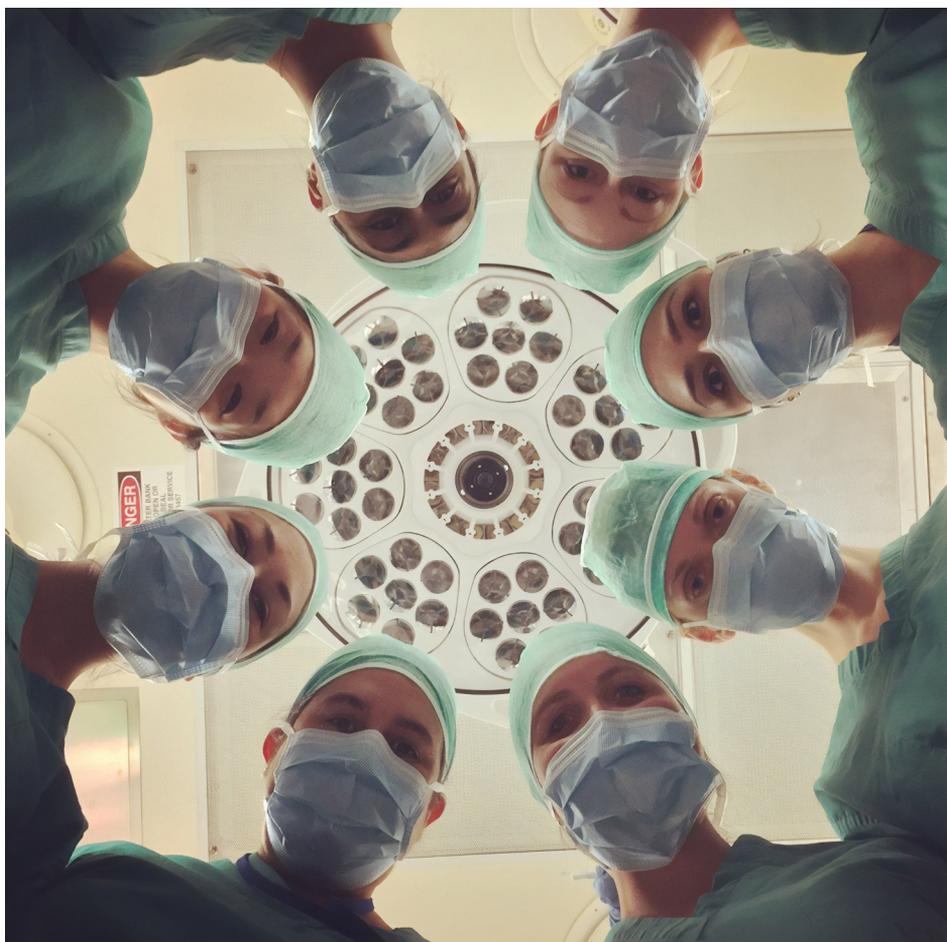
Aber am Ende gefährdet nicht die Leiharbeit die Qualität der Pflege und sorgt für Überlastung auf Station, sondern die Politik der letzten Jahre. Die Privatisierung der Pflege, die Sparpolitik

und der Investitionsstau in die Infrastruktur führten zu diesen desaströsen Zuständen und ganz sicher nicht der Wunsch von Kolleg:innen für bessere Arbeitsbedingungen. ■

*Rosa Anders und Havannas Obst, Berlin*

### Referenzen

- 1 <https://medwing.com/DE/de/magazine/artikel/umfrage-waerst-du-bereit-in-deinen-pflegeberuf-zurueckzukehren/>
- 2 Laut einer Analyse der Bundesagentur für Arbeit 2019 gab es in Deutschland rund 22.000 Leiharbeiter:innen in der Krankenpflege, in der Altenpflege waren es 12.000.
- 3 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157072/umfrage/anzahl-der-krankenhaeuser-nach-traegerschaft/>
- 4 Mit einer bestimmten Anzahl an Belastungspunkten gibt es weder eine Freischicht oder eine Extraschicht wird vergütet.



Ein Interview

## Streik in den privaten Kindergärten

# A

m 12.10. demonstrierten in Wien unter dem Motto „Jetzt reicht's!“ ca. 5000 Beschäftigte unterschiedlicher Privatkindergärten. Wir haben eine Kindergartenpädagogin interviewt, die an der Betriebsversammlung teilgenommen hat.

**Kannst du uns bitte kurz die Forderungen der Versammlung zusammenfassen?**

Die Forderungen lassen sich auf mehr Personal, Lohnerhöhungen, kleinere Gruppengrößen mit Verbesserungen des Erwachsenen-Kind-Schlüssels und höhere finanzielle Mittel für Kindergärten sowie Ausbildung herunterbrechen. Neben einer Lohnerhöhung wird zudem ein gleichwertiges Entlohnungssystem gefordert. Denn je nach Träger:innenverein und Bundesland verdienen Beschäftigte in Kindergärten unterschiedlich viel.

**Wie würde die Umsetzung dieser Forderungen deinen Arbeitsalltag verbessern?**

Ich würde endlich mehr zur pädagogischen Arbeit kommen, für die ich eigentlich ausgebildet wurde. Mein Arbeitstag besteht meistens darin, dass ich eine Gruppe von 20 Kindern durch den Alltag von Essen, Schlafen und Wickeln bringe, das ohne Pause und oft auch ohne Unterstützung. Für die Eingewöhnung sehr junger Kinder, Elterngespräche oder eine angemessene Förderung der Kinder nach ihren individuellen Bedürfnissen bleibt keine Zeit.

Häufig kann ich aufgrund der verordneten Aufsichtspflicht nicht einmal aufs Klo gehen. Kein Wunder also, dass viele Berufseinsteiger:innen innerhalb eines Jahres wieder kündigen und nicht wenige von Burnout betroffen sind.

**Wie hat sich die Pandemie auf diesen stressigen Alltag ausgewirkt?**

Die Bedingungen haben sich durch die Pandemie verschärft. Bevor wir unsere Schutzimpfung erhalten haben, mussten wir zum Teil mit mehreren COVID erkrankten Kindern in der Gruppe bleiben. Gruppen wurden erst geschlossen, wenn sich das Personal infi-



zierte. Dadurch, dass Kindergruppen nicht gemischt werden durften, hat sich der Personalmangel besonders stark ausgewirkt. Anstatt Urlaub gab es zahlreiche Überstunden und Krankenstände konnten nicht einmal ansatzweise einberechnet werden.

Während viele Eltern den gemeinsamen Urlaub mit ihren Kindern aufgrund von Pandemie abgesagt haben, konnten wir wegen der vollen Gruppen unseren Urlaub nicht konsumieren. Das macht wütend, aber vor allem müde.

**Glaubst du, dass sich durch die Proteste etwas verbessern wird?**

Natürlich hoffe ich das. Ich glaube allerdings, dass mehr Druck vonseiten der Beschäftigten nötig sein wird. Es wird argumentiert, dass die Kinder aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen am meisten darunter leiden, was ich auch nicht entkräften will.

Ich wünsche mir aber mehr Fokus auf das Personal, mehr Raum und Zeit für die Solidarität untereinander. Wir Beschäftigten wissen, dass wir durch unsere professionelle Arbeit einen essentiellen Beitrag zur Gesellschaft leisten, doch die Politik ist nicht bereit, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Den sich über die Jahre wiederholenden, heuchlerischen Zuspruch von Medien und Politik habe ich satt.

**Wie sind die Proteste abgelaufen?**

Die Proteste wurden als Betriebsversammlungen, also Streiks, während der Dienstzeit organisiert. Das Personal der Kindergärten besuchte eine Stunde während der Dienstzeit die Versammlung. Einer Schätzung zufolge waren wir ca. 5000 Personen und die Stimmung war gut, um Punkt 11:00 war der Spuk allerdings wieder vorbei. Nach der Auflösung der Versammlung, die von Seiten der Betriebsrät:innen und Gewerkschafter:innen lediglich als unterbrochen bezeichnet wurde, mussten wir uns in die überfüllten Verkehrsmittel quetschen, um keinesfalls zu spät den Nachmittagsdienst anzutreten. Denn vor den Betrieben warteten bereits Eltern mit ihren Kindern, die nach Betreuung verlangten. Der Protest war allgemein sehr top down organisiert und ließ zu wenig Raum für Selbstorganisation unter uns Beschäftigten.

Wenn es bei dieser Inszenierung von Protest bleibt, werden mehr Kindergartengruppen schließen müssen. Und welche gesellschaftlichen Auswirkungen das mit sich bringen kann, wird klar, wenn wir darauf blicken, wer in unserer Gesellschaft die Mehrheit der unbezahlten Reproduktionsarbeit erledigt. Die Leidtragenden sind also nicht nur die Kinder und die Beschäftigten, sondern auch Mütter\* bzw. Frauen\*. ■

Raimund Müller, Wien

## Streikwelle der dänischen Pfleger\*innen

**B**ilder von einem gut ausgebauten Sozial- und Bildungssystem, einer progressiven Klimapolitik, eines allgemein außerordentlich hohen Lebensstandards und nicht zuletzt berühmter Krimiserien wie „Borgen“ prägen nach außen hin die Vorstellungen von dem kleinen Land, das im Norden an Deutschland angrenzt und durch die Nordsee von der skandinavischen Halbinsel getrennt ist. Solche Vorstellungen kratzen jedoch an der Oberfläche! Denn etwas ist (schon wieder) faul im Staate Dänemark. Unzureichende Löhne und erbärmliche Arbeitsbedingungen haben dänische Krankenpfleger\*innen in den Streik getrieben. Die im Juni 2021 entfachte Streikbewegung hat somit die Widersprüche im vielfach gepriesenen dänischen Modell, das sich als kaum resistent gegenüber „Sparzwang“ erwiesen hat, in den Mittelpunkt gerückt.

Im Oktober 2021 feierte die dänische Arbeiter\*innenbewegung ihr 150-jähriges Jubiläum. In ebenjenem Monat im Jahr 1871 hatte nämlich der Postangestellte Louis Pio den *Internationalen Arbeiterverband Dänemarks* ins Leben gerufen, um die dänische Arbeiter\*innenklasse mit einer Organisation auszustatten, welche ihre Kämpfe organisieren würde. Pio war inspiriert vom Beispiel der Pariser Arbeiter\*innen, deren Aufstand zur (kurzlebigen) *Pariser Kommune* geführt hatte. Der Verband war dementsprechend Teil der (von Karl Marx mitgegründeten) *Internationalen Arbeiterassoziation*.

Das war die Geburtsstunde der dänischen Sozialdemokratie. Im Jahr 2021 hätte sich Pio jedoch im Grab umgedreht. Zwar können sich die Dän:innen noch über viele soziale Errungenschaften freuen, aber auch diese sind nicht unberührt geblieben von Angriffen

durch alle Regierungen, egal ob konservativ oder sozialdemokratisch. Anlässlich gescheiterter Verhandlungen zwischen dem Krankenpfleger\*innenrat und den Regionalvertretungen kam es so weit, dass Pfleger\*innen in ganz Dänemark - 10% des Gesamtpersonals – am 19. Juni die Arbeit niederlegten, um höhere Löhne einzufordern und gegen die Missstände in den Spitälern zu protestieren.

Statt den Streikenden entgegenzukommen, beschloss die sozialdemokratische Mehrheitsregierung am 27. August die von den Pfleger:innen abgelehnte „Vereinbarung“ per Gesetz zu erzwingen und die Streiks zum Erliegen zu bringen. Ein Pfleger erklärte daraufhin: „Wir sind großartig jubelt worden während Corona, und jetzt stehen wir hier und bitten um mehr Lohn, und sobald der Streik wehtut, kommt ein Eingriff, der uns davon abhält. Um es kurz

zu machen: wir sind wütend!“

Die Pfleger\*innen, welche die ganze Last der Pandemie zu tragen hatten, wandten sich zum einen gegen die signifikante Lohnlücke zwischen ihrem Beruf und männlich dominierten Berufsgruppen mit gleich hohen Qualifikationen und Maß an Verantwortung. Die weiblich dominierte Pflege liegt in der Tat 11-17 % unter den Lohnniveaus jener Berufe (z. B. Bau- und Diplomingenieure), womit faktisch eine Spaltung zwischen den Berufsgruppen hergestellt wird. Zum anderen ist der akute Personalmangel anzuführen: Dieser hat Situationen, in welchen für je 7 Patient:innen nur ein:e Betreuer:in bereitsteht, zur Normalität gemacht.

Dies führt einerseits zur Überforderung der Arbeitenden, andererseits zur deutlichen Verschlechterung der Fürsorge. So hat eine Umfrage unter Chefärzt:innen ergeben, dass unter diesen 46,7 % im



letzten Jahr die Erfahrung gemacht haben, dass der Zustand der Patient:innen durch Personalmangel verschlechtert worden ist; fast 6 % haben sogar von vermeidbaren Todesfällen berichtet. Die verheerenden Zustände wirken sich dabei als Teufelskreis aus, denn die Arbeitsbedingungen schrecken immer mehr Menschen von einem Job als Pfleger:in ab, außerdem begeben sich viele Angestellte in die „Jobflucht“ – was die Lage wiederum verschärft.

So konnte auf Landesebene jede dritte offene Stelle in den Spitälern zwischen September 2020 und Februar 2021 nicht besetzt werden, zwischen Juni und September stieg diese Ziffer sogar auf fast jede zweite offene Stelle an. In Kopenhagen sind die Verhältnisse wohl am desaströsesten: hier wurden zwischen Dezember und Mai fast zwei Drittel aller Stellen „umsonst“ ausgeschrieben, und es kündigen im Durchschnitt 20 % aller Angestellten den Job nach einem Jahr.

Das Bild stimmt kaum optimistischer anderswo im Gesundheitswesen – im

Rettungswesen überlegen 80 % der Arbeitenden einem Jobwechsel. Das gesamte System steht auf wackligen Füßen.

Die Situation kommt nicht aus dem Nichts, sondern ist das Ergebnis von jahrelangem Kaputtsparen. 2006 wurde eine Novelle erlassen, die bei gleichbleibender Finanzierung eine jährliche Leistungssteigerung der Spitäler um 2 % (sprich: Einsparungen) vorsah. 2017 wurde diese beseitigt, allerdings ohne eine entsprechende finanzielle Aufstockung des Gesundheitssystems. Solche Angriffe sind in eine durchgehende Offensive der Bürgerlichen einzuordnen, die Kürzungen von Sozialleistungen und immer unsicherere Lebens- und Arbeitsbedingungen zur Folge haben, aber auch eine Schwächung von (nicht gelben) Gewerkschaften: waren 2000 noch 69 % gewerkschaftlich organisiert, so liegt diese Zahl 2021 bei 53 %.

Der WHO zufolge werden 2030 5,7 Mio. Krankenpfleger\*innen weltweit fehlen.

Der Pfleger\*innenstreik richtet daher den Blick auf die Widersprüche im Kapitalismus – zwischen den Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit auf der einen Seite und dem Profittrieb von Banken und Konzernen auf der anderen. Konkret heißt das, dass die Schaffung von gewinnbringenden Verhältnissen auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung geschieht.

Trotz des zynischen Eingriffs der Sozialdemokrat\*innen beharren die Pfleger\*innen auf ihren Forderungen und streiken noch in kleinerem Umfang. Eines hat der Streik gezeigt: die dänischen Pfleger\*innen werden die Regierungspolitik nicht über sich ergehen lassen. ■

*Gastbeitrag von Marcus Olufsen, Wien*

---

## Metallindustrie in Deutschland

# Klimafreundliche „Transformation“: Was können wir erwarten?

**D**urch eine jahrzehntelange klimaschädliche Produktion zeigt sich, dass auf einer endlichen Erde „stetiges Wachstum“ nur unter verheerenden Zerstörungen stattfinden kann. Die Notwendigkeit einer Lösung rückt rasant näher. Dafür muss die Produktion klimafreundlicher werden, doch wie soll das aussehen? Für die Großkonzerne ist die aktuelle Konjunktur jedenfalls mehr als passend: Im ersten Halbjahr 2021 kassierte beispielsweise Volkswagen 11 Mrd. Euro Gewinn, mehr als im gesamten Jahr 2020! Bei den Metaller:innen sieht es anders aus: Der aktuelle Chipmangel führt zu Kurzarbeit und die riesige „Baustelle“ zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Ausstöße bedroht ihre Arbeitsplätze.

Ob tatsächlich Schwierigkeiten bei den Großkonzernen bestehen, zeigt das Beispiel Siemens. Bei einer „Business Conference“, bei der die Strategie für das nächste Geschäftsjahr präsentiert wurde, waren die knappen Rohstoffe und die Unterbrechungen der Lieferketten schnell abgehandelt.

Neben dem verschwommenen Konzept der „disruptiven Innovationen“ hat Siemens vor, „die Chancen der grünen Konjunkturprogramme zu nutzen“. Auf Deutsch: sich mit den kommenden

„Klimapaketen“ die Taschen voll stopfen! Angesichts dieser Situation war der von der IG Metall angekündigte Aktionstag, um die „Krisengewinner zur Kasse zu bitten“, bestens angebracht und so fanden am 29. Oktober in 50 Städten Deutschlands Aktionen statt.

Während die Klimaaktivist:innen von Fridays for Future sich rund einen Monat nach der Bundestagswahl nun „den leeren Verhandlungen und Hinterzimmer-Gesprächen entgegen [stellen]“, da Klimagerechtigkeit „nicht nur in der

Wahlwerbung vorkommen“ dürfe, begnügt sich die IG Metall damit, ihre Forderungen gegenüber der künftigen Regierung zu untermauern. Sowohl von Fridays for Future als auch von der IG Metall konnte man jedoch während des Wahlkampfs vergeblich eine klare politische Stellungnahme suchen.

Konnten sich die IG Metall oder Fridays for Future über das Wahlergebnis denn freuen? Jedenfalls wollten beide die Koalitionsverhandlungen nicht untätig beobachten.



### **Klimastreik, Transformationsdemo ... bewegt sich was?**

Bei dem Aktionstag des „Fairwandels“ haben sich von den 3,8 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektro-Branche 50 000 Leute beteiligt. Im Gegensatz zu den Schüler:innen, die eine Woche zuvor blau machten, um an der bundesweiten Demonstration in Berlin teilzunehmen, wurden die Metal-ler:innen dazu aufgerufen lokal zu demonstrieren. Allerdings fand der Aktionstag nicht in allen Betrieben statt. Manchmal – wie zum Beispiel bei Vallourec in Düsseldorf – sind die Beschäftigten für eine einstündige Aktion auf dem Hof ihres Betriebs geblieben. Eine „Aktive Pause“, die die Produktion nicht lange stört.

In Berlin wurde an dem Tag ein „industriepolitisches Frühstück“ organisiert. Einige Kolleg:innen von Arcelor-Mittal waren vor Ort, deren Betrieb übrigens besonders viel Strom verbraucht. Dadurch liegt ein großer Druck auf ihnen. Nach eigenem Empfinden können sie eine grüne Version der Stahlproduktion nicht allein stemmen. Der eingeladene SPD-Politiker gab ihnen die freche Antwort: sie können sich „auf Olaf Scholz und die SPD verlassen“! In Eisenach fand eine große Demonstration statt, denn dort droht die Schließung eines Opel-Werkes. Ministerpräsident Ramelow (Linkspartei) fiel es vor Ort nicht so leicht den „bedeutsamen Industriestandort“ in Deutschland, also

Thüringen, zu verteidigen. Denn diese engstirnige Werbung für den „Industriestandort“, mit der die IG Metall sowie die Politik die Arbeiter:innen isolieren will, stieß sich mit der Anwesenheit von 35 französischen Kollegen von Stellantis (ehemals Peugeot-Citroën), die extra gekommen waren, um an der Demo von Eisenach teilzunehmen. Stellantis hat 2017 Opel gekauft und die Produktion soll nach Frankreich, Sochaux, verlagert werden. Ein französischer Gewerkschafter der anwesenden Delegation hielt eine Rede und erklärte ihren Kampf als einen gemeinsamen, denn bei der geplanten Verlagerung der Produktion nach Frankreich würden beide verlieren: „Ihr wäret arbeitslos und wir müssten unerträglich viel arbeiten“. Infolge der Verlagerung der Produktion könnte es sein, dass die französischen Kolleg:innen ihre Samstage von nun an im Betrieb verbringen müssen. Der Kampf für den Erhalt von Opel-Eisenach ist international!

### **Bereits letztes Mal wurde die Gelegenheit verpasst**

Während der vergangenen Tarifrunde im März hat ein Großteil der Arbeiter:innen in der Metall- und Elektroindustrie nicht nur „aktive Pausen“ gemacht, sondern wahrhaftig gestreikt. Damals lagen bereits ein paar „Sozialpläne“ auf dem Tisch und die Beschäftigungssicherung eine Hauptforderung. Doch statt die Gelegenheit zu nutzen, und die Chefs in die Schranken zu weisen, hat die IG Metall

die übliche Sozialpartnerschaft weiter getrieben. Bei Siemens Energy Berlin wurde beispielsweise eine „Einigungsstelle“ akzeptiert. Diese soll angeblich bei einem Konflikt die Beziehung zwischen Unternehmen und Vertretung der Beschäftigten verbessern. Saftiges Ergebnis: sechs Monate später wurden 602 von 738 Kolleg:innen vor die Tür gesetzt.

### **So „fair“ kann das nicht bleiben**

Laut der IG Metall seien zurzeit in der Branche 100.000 Arbeitsplätze gefährdet. Allein in der Autoindustrie könnten bis 2025 200.000 Beschäftigte betroffen sein. Angesichts der Klimakatastrophe sind die Schließung der Kohletagebaue, das Schrumpfen der Autoindustrie und der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien dringend notwendig. Eine breite Umstellung der besonders umweltfeindlichen deutschen Industrie steht uns bevor, die allerdings nicht „fair“ bleiben wird. Die von Stellenabbau bedrohten Kolleg:innen werden sich wehren müssen: Zuerst einmal muss die Arbeitszeit reduziert und die Arbeit verteilt werden! Um die Energieversorgung des Landes zu sichern, müssen Hunderte neue Leute eingestellt werden! Die stinkreichen Besitzer:innen der deutschen Industrie werden so ein Programm aber nicht einfach akzeptieren. Der Klassenkampf steht vor uns. ■

*Ulla Fuchs, Düsseldorf und Lorenz Wassier, Berlin*

## „Es gilt das gebrochene – äh – gesprochene Wort ...“

**S**ie hatten versucht, es Klein-Olaf zu erklären. Die Großen hatten am 26. September ihre Stimmen abgegeben. Wer die meisten Stimmen bekommen hatte, der durfte vier Jahre lang der Bestimmer sein. Wenn keiner genug Stimmen hatte, dann mussten mehrere koalieren. Was das sein sollte, war ihm nicht ganz klar. Aber das Wort erinnerte ihn an den Koala-Bären in seinem Tierpark-Buch. Lustig waren auch die Namen, die sie ihren Koalitionen gaben – Ampel, Jamaica. Jedenfalls schrieben sie dann einen Koalitionsvertrag. Das war wohl so etwas wie der Wunschzettel, den er letztes Jahr für den Weihnachtsmann malen sollte. Auf das Pony wartete er heute noch.

Bevor wir uns anschauen, wie sich diese Klein-Olaf-Geschichte in der Realität des großen Olaf darstellt, empfiehlt sich eine Vorbemerkung.

In den Zeiten der shitstorm-getriebenen Debatten(un)kultur scheint es ratsam, jeder aufgestellten These einen Beipackzettel mitzugeben, in dem erklärt wird, wie es auf keinen Fall gemeint ist. Wenn wir im folgenden über Wesen und Grenzen bürgerlicher Demokratie sprechen, heißt das nicht, dass wir die riesigen Vorteile nicht zu schätzen wissen, die es auch für uns bietet, wenn die Herrschenden sich noch weitgehend an demokratische Spielregeln halten. Außerdem — wenn heutzutage unspezifisch auf „die da oben“ gemeckert wird, kommt ja schnell mal in schlechte Gesellschaft.

Apropos schlechte Gesellschaft – zurück zum Olaf.

Schon vor hundert Jahren schrieb Tucholsky über die damalige SPD: „Sie glaubten, sie wären an der Macht. Dabei waren sie nur an der Regierung.“ Den Unterschied hatte der große Olaf übrigens schon mal drauf, damals, bei den Jusos. Dass die Macht bei denen ist, denen die Fabriken und die Banken gehören – boah, hat der damals Sachen geschrieben. Dass er sie dann nicht mehr geschrieben hat, dass er dann als SPD-Generalsekretär unter Schröder maßgeblich die Agenda-Politik mit durchgesetzt hat, das hat ihn jetzt bis vors Kanzleramt gebracht. Dass er aber diesen Unterschied von Macht und Regierung heute noch drauf hat, darauf kannste wetten. Er kennt den Unterschied zwischen dem Anruf eines Konzernvertreters und den Interessen von Millionen Wähler:innen. Die

Wähler:innen haben ihre Stimmen abgegeben – die Eigentümer der Produktionsmittel haben ihre Macht behalten.

„Der Wähler legitimiert mit seiner Wahl die Entscheidung, die anschließend gegen ihn getroffen wird.“

◀◀ Die Wähler:innen haben ihre Stimmen abgegeben – die Eigentümer der Produktionsmittel haben ihre Macht behalten. ▶▶

Sagte Herbert Wehner, der gelegentlich zu zynischer Offenheit neigte. Er musste es wissen, denn immerhin hat er als „Zuchtmeister“ der von Willy Brandt geführten SPD einige der erfolgreichsten Wahlkämpfe zu verantworten.

Überhaupt – Koalitionsvereinbarungen und dann die folgenden politischen Entscheidungen. Beides hat oft nicht allzu viel miteinander zu tun. Ist auch logisch, denn diese Vereinbarungen sind rechtlich in etwa so verbindlich wie die guten Vorsätze zu Neujahr. Nur Menschen, die schon lange miteinander verheiratet sind oder sich aus anderen Gründen nicht leiden können, erinnern einander zu Ostern noch daran. Auch die Hauptstadtjournalille vermeidet es anschließend brav, den Regierungssprecher noch einmal darauf anzusprechen. Beispiel Bahn. In den letzten 25 Jahren gab es keine Koalition, die nicht in ihrer Vereinbarung versprochen hätte, „mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene“ zu bringen. Hat auch nur eine Regierung irgendwas unternommen? Au contraire mon frère, wie der Lateiner sagt – statt dessen ist zwischen 2010 und 2020 der Güterverkehr auf der Schiene um 21 %

gesunken, dafür auf der Straße auf über 85 % gestiegen. Tolle Zahlen, nur leider falsche Richtung. Doch die LKW-Sparten von Daimler und VW zeigen sich ganz zufrieden. So sind die Entscheidungen der Regierungen in erster Linie Ausdruck von Kräfteverhältnissen. Damit fallen sie

überwiegend im Interesse der Banken und Konzerne.

Das heißt aber auch, dass bei Aufbau entsprechenden öffentlichen Druckes durchaus punktuell Wirkungen in andere Richtungen zumindest möglich sind. Beispiel Atomkraft. Hatte die schwarz-gelbe Koalition den Energiekonzernen noch in ihrer Koalitionsvereinbarung die Rücknahme des Atomausstiegs zugesichert, kam nach Fukushima-Protesten die Rolle rückwärts. Sicher, seitdem haben die Konzerne umgruppiert, mit Hilfe der Politik die erneuerbaren Energien ausgebremst und weiter profitabel am Weltuntergang gearbeitet. Das ist das Problem mit den scheinbaren Lösungen innerhalb des Systems. Und doch war es eine wichtige Erfahrung. So wie der Erfolg des Volksentscheides „Deutsche Wohnen enteignen“ in Berlin. Natürlich wird der Giffey-Senat nun versuchen, das Ganze versickern zu lassen. Aber ob ihm das gelingt, hängt auch davon ab, ob der öffentliche Druck aufrecht erhalten werden kann. ■

*Dimitri Otto, Berlin*

## Erdogan? Lukaschenko? Die Festung Europa!

**U**nd wieder einmal eskaliert die Lage an den Außengrenzen der Europäischen Union. Das ist ja auch nichts Neues, aber dieses Mal hat sich das Bild etwas verändert. Das Bild, oder die Bilder, die wir zunehmend sehen, machen es schwer, nicht zynisch zu werden aus Wut und Trauer. Tausende Menschen sammeln sich an den Grenzzäunen zwischen Polen und Belarus. Menschen, die meist aus Syrien, Afghanistan und dem Nordirak geflohen sind, kommen mit Flugzeugen aus Istanbul nach Minsk und versuchen von dort an die Außengrenze der EU zu gelangen. Diese gibt es zu Polen, Litauen und Lettland. Doch die Europäische Union möchte gar nicht, dass diese Menschen reinkommen. Deshalb ist der grundlegende Ton in den Medien, dass Lukaschenko die EU erpressen will mit den nicht abreißenden Menschenströmen. Er möchte die Aufhebung der Sanktionen gegen Belarus erreichen. Erst dann wird er auch seine Grenzen wieder schließen und die Menschen sitzen wieder in den Ländern fest, wo sie das Pech hatten, geboren zu sein.

Ganz besonders im Fokus der aktuellen Geschehnisse steht auf der anderen Seite auch Polen. Polen seinerseits ist Teil der Europäischen Union — von einer rechten Regierung geführt.

### „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten“

Und diese Regierung sorgt jetzt brav dafür, dass die Leute nicht durch den NATO-Drahtzaun gelangen, der die Grenze noch ziert. Noch, denn eine Mauer an der Außengrenze zu errichten ist schon geplant. Und bis dahin praktiziert man die sogenannten „Pushbacks“, das bedeutet, dass man die Menschen, wenn sie es doch über die Grenze schaffen, auf schnellstmöglichem Wege wieder hinter diese bringt. Eine Praxis, die tatsächlich sogar nach EU-Recht illegal ist. Aber gerade ist ja auch alles unübersichtlich, da weiß niemand, wer in welche Richtung überhaupt die Grenze überschreitet.

Furchtbar ist auch, dass durch den von Polen verhängten Ausnahmezustand

weder Presse noch Hilfsorganisationen in den Grenzbereich dürfen, um Menschen zu helfen. Das erspart einem auch die Bilder, die man ja eh schon zu Genüge kennt.

Dennoch dringen über Social Media Szenen zu uns, die einen die Situation in ihrem vollen Ausmaß nur erahnen lassen. Menschen campieren bei winterlichen Minustemperaturen, häufig misshandelt, ohne Essen und Ausrüstung, Hilfe und Versorgung – ganz abgesehen von den Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit Covid 19 – in den Wäldern an der Grenze.

Die Lage eskaliert zusehends und die EU schaut zu und verhandelt über Sanktionen gegen diese unmenschliche Praxis, für die laut Sprecher:innen der Union und der Außenminister:innen allein Despoten wie Erdogan und Lukaschenko verantwortlich sind.

Klar ist, dass weder der eine noch der andere irgendein Interesse an dem Leben der Menschen hat, die an der belarussischen Grenze ausharren und dringend Hilfe brauchen. Aber auch die Vertreter:innen der EU, die nicht müde werden zu betonen, dass dies ein Akt der Unmenschlichkeit ist, nicht. Und das war's jetzt erst mal. In der entsprechenden Logik werden sich also in den nächsten Wochen und Monaten immer mehr Menschen an der Grenze sammeln, aber „wir lassen uns doch nicht von einem Despoten als Geiseln nehmen“ heißt es aus verschiedenen offiziellen Ecken. Wir lassen uns also

nicht als Geiseln nehmen, um Menschen, die auf der Suche nach einem würdigen Leben von einer in die andere Notsituation stolpern, erst mal das Leben überhaupt zu retten.

Und so fällt es schwer, nicht zynisch zu werden, wenn man mitbekommt, wie Machtkämpfe ausgetragen werden, über die Köpfe der Menschen hinweg, über die Leben von Menschen hinweg.

Flucht, ihre Gründe und Ursachen bestimmen den politischen Diskurs, werden instrumentalisiert von Rechts und wie jetzt auch für ideologisch überpinselte Machtkämpfe genutzt. Die Menschenleben und die tatsächlichen Gründe fallen dabei hinten herunter. Die Situation, wie sie gerade stattfindet, ist kein Einzelfall. Menschen müssen überall auf der Welt fliehen, vor Hunger, Klimakatastrophen und Krieg, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen. Europa verstärkt die Mauern an den Außengrenzen zunehmend, Polen und Ungarn planen Mauern, Spanien zum Beispiel hat schon welche gebaut. Und wir müssen gemeinsam eintreten gegen die Maßnahmen gegen Geflüchtete, genauso wie auch gegen die Fluchtursachen an sich. Was es braucht, sind offene Grenzen und ein Bleiberecht für Alle! ■<sub>0</sub>

*Maria Brücke, Berlin*

**kein  
mensch  
ist  
illegal**

## House of Kurz

oder: was im Kapitalismus hinter den Kulissen passiert

**A**nfang Oktober ist Sebastian Kurz dann doch als Bundeskanzler Österreichs zurückgetreten – oder besser gesagt, zur Seite getreten: er bleibt Partei- und Klubobmann. Die jüngst veröffentlichten Chatnachrichten, in denen Kurz' engste Mitstreiter die systematische Manipulation von Umfragen und gekaufte Zeitungsberichte besprechen, war es dann doch zu viel. Wir werfen einen Blick auf Aufstieg und Fall des Sebastian Kurz und diskutieren, was das über die bürgerliche Demokratie verrät.

Kurz' Aufstieg in der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) begann vor mehr als zehn Jahren. Er studierte Jura und trat der Jungen Volkspartei (JVP) bei, deren Vorsitz er bald übernahm. 2011 wurde er mit 24 Jahren zum Staatssekretär für Integration. 2013 stieg er zum Außenminister auf und feilte weiter an seinem Image als junger Politiker neuen Stils. Die Umfragewerte und Wahlergebnisse der ehemals dominierenden Großparteien SPÖ und ÖVP, die seit 2008 auch gemeinsam die Regierungen stellten, deuteten weiter nach unten. Kurz sollte das mit einem „Neustart“ ändern.

### „Projekt Ballhausplatz“

Gemeinsam mit einem Kreis loyaler Mitstreiter und Karrieristen wurde das „Projekt Ballhausplatz“ geschaffen: ein ausgearbeiteter Plan, wie Kurz die Macht in der ÖVP übernehmen, Neuwahlen vom Zaun brechen und aus diesen als neuer Bundeskanzler hervorgehen soll

(die Dokumente wurden später geleakt). Aus der schwarzen ÖVP wurde die türkise Neue Volkspartei, damit einher gingen weitreichende Vollmachten für Kurz selbst. Die ÖVP inszenierte sich in einem pompösen Wahlkampf als junge, neue Bewegung. Die rassistischen Parolen der FPÖ wurden übernommen, aber mit einem freundlicheren Gesicht versehen.

### FPÖ, Ibiza und Grüne

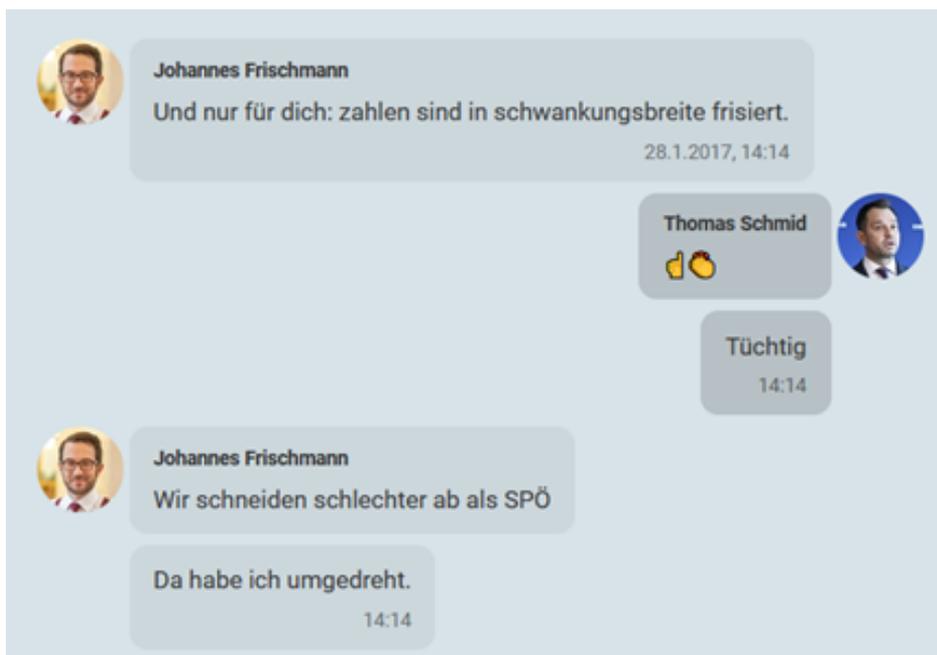
Nach den Wahlen kam es wenig überraschend zur Bildung einer Rechtsaußen Koalition aus ÖVP und FPÖ, die gegen Migrant:innen und „Sozial-schmarotzer:innen“ hetzte und Politik machte. Dazu gab es Gesetze und Steuererleichterungen für Reiche und Großunternehmen – die Großspender:innen des teuren Kurz-Wahlkampfes wurden dankend bedient. Die Koalition endete nach der Veröffentlichung des Ibiza-Videos, in dem FPÖ-Vizekanzler HC Strache Ideen wälzte,

wie er von Reichen und Konzernen Geldgeschenke organisieren und das rechte Boulevardblatt Kronen Zeitung kaufen will. Was damals zu breiter Empörung führte, wirkt heute, angesichts der unzähligen Chats und Aktionen von Kurz' türkiser Truppe, wie eine Kinderjause peinlicher Amateure. Während die FPÖ bei den folgenden Neuwahlen abstürzte, konnte Kurz' ÖVP weiter zulegen und vor allem enttäuschte FPÖ-Wähler:innen für sich gewinnen.

Anfang 2020 wurde die Koalition aus ÖVP und Grünen angelobt, die im Wesentlichen die rassistische und autoritäre Politik der türkisen ÖVP fortsetzte, aber vorgab auch eine ökologische Wende herbeiführen zu wollen (siehe den Artikel auf Seite 16). Bereits nach wenigen Wochen wurde die Pandemie zum beherrschenden Thema. Während die Krankenhäuser und Schulen bis heute auf mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen warten, wurden große Unternehmen mit allerlei großzügigen Förderungen bedacht.

### Ibiza U-Ausschuss

Wirklich spannend wurde es durch den parlamentarischen Ibiza-Untersuchungsausschuss „betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“, der im Juni 2020 seine Arbeit aufnahm. Ging es zu Beginn um das Ibiza-Video mit HC Strache, lag der Fokus sehr bald auf den Türkisen und ihren Netzwerken. Die Ermittlungen der Wirtschafts-Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) und die Enthüllungen im U-Ausschuss drangen immer weiter ins türkise Machtzentrum um Kurz und seine engsten Vertrauten vor. Über Monate



kam es zu etlichen Hausdurchsuchungen, der Beschlagnahmung von Handys und anderer Datenträger sowie der Sicherstellung von E-Mails. Ein Teil davon fand seinen Weg in Zeitungen und wurde so breit bekannt.

In diesen Chats wurde allerhand ersichtlich. So bat der Chef des Glücksspielkonzerns Novomatic um einen Termin bei Kurz „1) wegen Spende 2) wegen des Problems, das wir in Italien haben“ (mit drohenden Steuerrückzahlungen). Behauptete Strache im Ibiza-Video noch „Die Novomatic zahlt alle!“ tauchten nun Belege für Spenden der Novomatic an zahlreiche parteinahe Vereine und Personen auf. Zum Beispiel auch an ein Orchester, dass vom ÖVP-Mann Wolfgang Sobotka geleitet wird, der als erster Nationalratspräsident auch den Vorsitz des Ibiza-U-Ausschusses übernahm – einen Interessenskonflikt sieht er bis heute nicht ... Die offene Steuernachzahlung von Novomatic in Österreich (300 Mio. Euro) wurde von diversen ÖVP-Finanzministern auch nie eingetrieben ...

Die Chats zeigten auch wie Thomas Schmid zum gut bezahlten Chef der staatlichen ÖBAG gemacht wurde – mit einer auf ihn maßgeschneiderten Stellenausschreibung. Scheinbar als Dank für seine vielfältige und loyale Unterstützung des türkischen Projekts. So schrieb Schmid an Kurz: „Ich bin einer deiner Prätorianer [kaiserliche Schutzgarde] der keine Probleme macht sondern löst.“ In Bezug auf Schmid's ÖBAG-Posten versicherte Kurz: „Du kriegst eh alles was du willst“ - worauf Schmid antwortet: „Ich bin so glücklich. Ich liebe meinen Kanzler.“ Und Gernot Blümel (Kurz-Vertrauter und Finanzminister) lässt Schmid wissen: „Du bist Familie“.

### **Angriffe auf Justiz und Medien**

Kurz und Konsorten ließen trotz erdrückender Beweislage keine Möglichkeit aus, um die Untersuchungen und Ermittlungen zu delegitimieren. Die WKStA wurde als „linkes, rotes Netzwerk“ verunglimpft und es war permanent von einer angeblichen „medialen Vorverurteilung“ die Rede. Beschuldigte der ÖVP und aus ihrem Umfeld fielen im U-Ausschuss durch umfangreiche Aussageverweigerungen und Erinnerungslücken auf – Finanzminister Blümel

konnte sich über 80 mal „nicht erinnern“ und behauptete, gar keinen Laptop zu haben (um ihn nicht aushändigen zu müssen). Auf seinem Instagram-Account finden sich Bilder, wo er arbeitend am Laptop zu sehen ist, und als es zu einer Hausdurchsuchung an seiner privaten Wohnadresse kam, verließ seine Frau mit seinem Laptop (verstaubt im Kinderwagen) das Haus. Blümel weigerte sich auch wochenlang, dem U-Ausschuss Mails und Unterlagen aus seinem Finanzministerium zu liefern – erst nach einem Urteil des

## **« Es geht dabei um mehr als persönliche Bereicherung und Korruption – diese Aktionen sind Teil eines autoritären Projekts, das die Kontrolle über Staatsapparat, Justiz und Medien ausbauen und festigen möchte. »»**

Verfassungsgerichtshofs und dessen Exekution durch den Bundespräsidenten wurde geliefert: allerdings nur unvollständig und ausgedruckt auf tausenden Seiten Papier (was die Arbeit des U-Ausschusses natürlich erschwerte).

Hier geht es offensichtlich darum, Dinge zu verschleiern und die Ermittlungen zu erschweren – etliche weitere Aktionen in diese Richtung bleiben aus Platzgründen hier unerwähnt. Diese Angriffe gegen die WKStA und die Justiz im Allgemeinen sind aber auch Teil des autoritären Projekts der türkischen ÖVP, die ihre Kontrolle über den Staatsapparat, Justiz und Medien ausbauen und festigen möchte.

Das lässt sich auch im Bereich der Medien nachvollziehen. Presseförderungen und Inseratenvergabe durch Ministerien und Bundeskanzleramt privilegier(t)en ganz klar rechte, ÖVP-freundliche Boulevardmedien, kritischere Medien sollen strategisch ausgehungert werden. Im jüngsten Skandal, der zum Rücktritt von Kurz führte, wird ersichtlich wie offen und direkt das funktioniert – Schmid schreibt in einem Chat stolz: „So weit wie wir bin ich echt noch nie gegangen.“ In der Tageszeitung *Österreich* wurden systematisch manipulierte Umfragen veröffentlicht und Berichte direkt beim Zeitungschef Wolfgang Fellner bestellt – im Gegenzug für

Inserate. Kurz` Medienbeauftragte diktierten der „Meinungsforscherin“ Sabine Beinschab, was sie im Interview über bestimmte „Umfragen“ sagen soll. Schmid bezeichnet sich auch als „Mr. Umfrage“ und freut sich: „Damit haben wir Umfragen & Co im besprochenen Sinne :-))“.

### **Und jetzt?**

Die jüngsten Veröffentlichungen dieser Chatnachrichten waren erstmal doch zu viel. In der Bevölkerung, bei den Grünen und auch ÖVP-intern stieg der Druck auf Kurz und sein Umfeld. Wie es nun wei-

tergehen wird, ist offen. In diesem Artikel fand nur ein Bruchteil der bisher bekannten Chats und Ermittlungsergebnisse Platz. Und wir können davon ausgehen, dass noch etliche Chatnachrichten und Ermittlungsergebnisse veröffentlicht werden und der Druck weiter steigen wird. Die Grünen setzen ihre Zusammenarbeit mit der ÖVP – wie schon nach allen vorherigen Skandalen – dennoch weiter fort. Auch wenn es schwer zu glauben ist, heißt es im bürgerlichen Staat: Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

Die Skandale um die türkische ÖVP zeigen eines: Im Kapitalismus ist es ganz normal, dass die herrschende „Familie“ hinter den Kulissen die Umgestaltung der Gesellschaft zu ihren Gunsten plant. Wir sollten hingegen ganz offen planen, wie wir eine Welt im Interesse der Arbeitenden schaffen können. ■

*Johannes Wolf, Wien*

Links dazu:

<https://www.sozialismus.net/2021/03/16/wer-spendet-schafft-an-ueber-den-oesterreichischen-korruptionssumpf/>

Dokumentation der Chatprotokolle, Tageszeitung Der Standard

<https://www.derstandard.at/story/2000130406824/dokumentiert-die-chat-protokolle-der-cause-kurz?ref=rec>

Unsozial und unökologisch:

## Die ökosoziale Steuerreform in Österreich

**S**ie ist gemeinsam mit dem Klimaticket<sup>1</sup> das Herzstück der Regierungsbeteiligung der Grünen Partei: Die ökosoziale Steuerreform. Im November findet die Begutachtungsfrist des Gesetzesentwurfs statt. Auch wir begutachten, was den Grünen so wichtig war, dass sie dafür trotz des neuesten Skandals<sup>2</sup> der türkisen Volkspartei in der Regierung die Stange halten.

### Soziale Aspekte?

Bei der Lohnsteuer sollen die 2. und 3. Steuerstufe gesenkt werden. Davon profitieren hohe Einkommen überdurchschnittlich. Bei einem Medianeinkommen von 2.500 Euro brutto rascheln nach der Reform 27 Euro mehr im Börserl, bei niedrigeren Einkommen noch weniger. Bei einem hohen Einkommen von 5.000 Euro bleiben dafür 84 Euro pro Monat übrig.

Gleichzeitig wird der Familienbonus von 1.500 Euro im Jahr auf 2.000 Euro pro Kind angehoben. Dieser Familienbonus kann von der bezahlten Lohnsteuer zurückgefordert werden. Für eine Alleinerziehende bedeutet es, dass ihr nach der Reform eventuell sogar weniger Geld übrigbleibt, weil sie weniger Steuer bezahlt und deshalb weniger Familienbonus bekommt.

Ein AlleinerziehendeR oder einE Alleinverdiener:in mit zwei Kindern muss schon 3.000 Euro im Monat verdienen, um den „Bonus“ in voller Höhe ausschöpfen zu können.

Eine größere Wirkung hat dabei die Senkung der Körperschaftssteuer auf Unternehmensgewinne von 25 auf 23 %. Damit bleiben den größten österreichischen Konzernen jedes Jahr Millionen, der Staat verzichtet auf 700 Millionen jährlich. Tatsächlich wird durch die kalte Progression (höherer Durchschnittsteuersatz, wenn man durch Lohnerhöhungen in höhere Steuerklassen fällt, da diese nicht inflationsangepasst werden) der Ausfall der Unternehmenssteuern bald wieder durch die Lohnsteuern ausgeglichen.

Wie sozial ist also die Steuerreform? Sie hat eine deutliche sozial umverteilende Wirkung. In Summe und auf mehreren Ebenen verteilt sie Geld nach oben zu den hohen Einkommen und Konzernen

und lässt die Arbeitenden einen noch höheren Anteil am Staatshaushalt zahlen.

### Ökologisch?

Mit dem Einstieg in die CO<sub>2</sub>-Bepreisung gibt es eine Neuerung. Sie ist für die Grünen (die im Regierungsprogramm „Klima und Grenzen schützen“ für den Klimaschutz zuständig sind) der Durchbruch. Ab Mitte 2022 beträgt der Einstiegspreis für eine Tonne CO<sub>2</sub> 30 Euro, bis 2025 soll er auf 55 Euro steigen. Konkret betrifft es das Tanken mit Diesel oder Benzin und Heizen mit Öl oder Gas, bei dem die Preiserhöhung einen Lenkungseffekt zum Umstieg auf klimafreundlichere Varianten herstellen soll.

Im Gegenzug wird zur Abmilderung der Mehrkosten ein Klimabonus an die Bevölkerung zurückbezahlt, abhängig nach öffentlicher Anbindung zwischen 100 und 200 Euro pro Jahr. So sollen Wiener:innen wegen ihres guten öffentlichen Verkehrs als einzige nur 100 Euro bekommen, Bewohner:innen besonders ländlicher Gebiete 200 Euro. Wenn die Menschen nun klimafreundlich heizen und sich fortbewegen, würde Ihnen der Klimabonus sogar übrigbleiben, anstatt nur zu kompensieren.

Für einen Lenkungseffekt sind allerdings 100-200 Euro im Jahr zu wenig. Abgesehen davon, dass Expert:innen mindestens 100-150 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> als notwendig erachten, damit sich Veränderungen daraus ergeben, können Konsument:innen ihr Verhalten gar nicht ohne weiteres ändern.

Mit 200 Euro Klimabonus lässt sich keine Heizung tauschen. Abgesehen davon, können Mieter:innen (in Österreich sind ca. 43 %, in Wien ca. 78 % der Bewohner:innen in Mietverhältnissen) nicht über ihre Heizungsart entscheiden, Vermieter:innen können die

höheren Kosten einfach auf die Mieter:innen abwälzen. Auch Hausbesitzer:innen, die erst vor wenigen Jahren an die Gasversorgung angeschlossen wurden, haben wenig Alternativen. Auch die Mobilitätsart lässt sich nicht einfach verändern. Arme Menschen können sich mit 200 Euro weder eine Bahnstrecke legen lassen, noch ein Elektroauto anschaffen.

Für Unternehmen und vor allem die Industrie wird es weiterhin Ausnahmen und Subventionen geben, damit sie weiterhin fossile Energieträger ohne Mehrkosten verbrennen können. Wie ist also diese Öko-Reform zu bewerten? Ihr Beitrag zu einer Verkehrswende und der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen bewegt sich wohl im nichtmessbaren Bereich, dafür werden die Arbeitenden mit höheren Kosten ratlos zurückgelassen. Die Reform ist ein perfektes Beispiel für Greenwashing, bei dem wertvolle Zeit verloren wird, vom Kern des Problems (dem fossilen Kapital) abgelenkt wird und wir danach der Lösung keinen Schritt näher sind. Geholfen ist nur der Grünen Partei, die versucht, ihren Wähler:innen die Reform als Legitimation unterzujubeln. ■

*Florian Weissel, Wien*

### Referenzen

1 Klimaticket: Mit dem Klimaticket können zum regulären Preis von € 1.095 im Jahr nahezu alle öffentlichen Verkehrsmittel in Österreich verwendet werden. Dadurch sollen Pendler:innen zum Umstieg auf den Öffentlichen Verkehr ermutigt werden.

2 Artikel „House of Kurz“ in dieser Ausgabe der Aurora

## USA: Streiks breiten sich landesweit aus

**N**ach Jahrzehnten mit wenigen Streiks kam es in diesem Herbst zu einer Welle kleiner Streiks, verteilt über die gesamten Vereinigten Staaten. Aus den vergangenen Wochen sind manche besonders hervorzuheben: 1400 Arbeiter:innen bei Kellogg's im mittleren Westen; 2000 Mitarbeiter:innen eines Telekommunikationsunternehmens in Kalifornien sind seit zwei Wochen im Streik; 35.000 Krankenpfleger:innen und Beschäftigte im Gesundheitswesens haben gerade einen Streik in der Krankenhauskette Kaiser-Permanente beschlossen; 2000 weitere Krankenpfleger:innen und Beschäftigte des Gesundheitswesens streiken in Buffalo. Und 10.000 Arbeiter:innen bei John Deere (Landwirtschaftsmaschinen) in Iowa, Illinois und Kansas haben gerade erst begonnen zu streiken. So ist 2021 mit schon einigen kleineren Streiks in den vergangenen Monaten eines der aktivsten Streik-Jahre der letzten Jahrzehnte.

Die Gründe für diese vielen Streiks sind verschieden. So macht es die Inflation schwerer, über die Runden zu kommen. „Systemrelevante“ Arbeiter:innen haben keine Lust mehr, gezwungen zu sein, unter den Bedingungen der Pandemie zu arbeiten - ohne Aussicht auf Besserung. Die Löhne sind nicht an die seit Jahrzehnten ansteigenden Lebenshaltungskosten angepasst. Unterbesetzung erhöht den Druck, führt zu Burnouts und zermürbt.

Schlussendlich hat die Pandemie auch dazu geführt, dass Millionen Menschen sich ihrer Lebenssituation bewusst werden und nicht mehr ihre körperliche Unversehrtheit für einen Hungerlohn aufs Spiel setzen wollen. Und natürlich gibt es immer Gründe, zu streiken: die täglichen Demütigungen und Herabsetzung, die die Bosse auf die Arbeiter:innen ausüben. Auch ohne Streiks finden Unternehmen, aufgrund

der Pandemie, nur schwer ausreichend Menschen, um die freien Arbeitsplätze zu besetzen. Es gibt fünf Millionen weniger Angestellte als vor zwei Jahren. Unter diesen Bedingungen realisieren Arbeiter:innen zum ersten Mal seit Jahrzehnten, dass sie tatsächlich das Sagen haben.

Nach Jahrzehnten, in denen die Beschäftigung zurückging, nach unternehmensfreundlicher Politik und einem Rekordhoch an Profiten, sehen die Arbeiter:innen eine Möglichkeit, sich zu wehren und sie haben genug Gründe dazu.

Obwohl es in den Gewerkschaften immer noch bürokratische Funktionär:innen gibt, die verhindern wollen, dass durch Streiks der Status quo ins Wanken gebracht wird, steigt der Druck, durch die Arbeiter:innen, den Kampf auch zu führen. Sogar immer mehr nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter:innen (z.B. Amazon, Starbucks, u.a.) sprechen darüber, eine Gewerkschaft zu gründen oder tun dies sogar. All das sind Zeichen, dass die Arbeiter:innen es satt haben, dass sie beginnen, sich als Klasse wahrzunehmen, die sich organisieren muss, um sich zu verteidigen.

Obwohl diese Streikwelle viel Aufmerksamkeit bekommt, so ist doch noch Luft nach oben, schaut man sich die letzten hundert Jahre an. Sie hat noch nicht die Kraft erreicht, die die Streiks der Lehrer:innen 2018/2019 erreichte. Auch nicht die der wilden Streiks von Millionen Angestellten des öffentlichen

Diensts in den 1970ern. Sicherlich auch nicht das Niveau der Streiks von 6 Millionen Arbeiter:innen, die 1946 streikten: dem Jahr mit den meisten Streiks in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Nach jedoch über dreißig Jahren nahezu ohne Streiks und annähernd siebzig Jahren kontinuierlichem Rückgang der Erwerbstätigkeit, ist diese kleine Streikwelle ein Zeichen der Hoffnung für die Arbeiter:innen in den USA. Wie einer der Arbeiter vor Beginn des Streiks bei John Deere sagte: „Shit's about to get real“ („Jetzt wird's richtig ernst“)

Wie ernst es wird, muss man noch sehen. Aber es ist keine Frage, dass die Arbeiter:innenklasse — ausgenutzt, ausgebeutet und zurückgelassen seit Jahrzehnten — beginnt, sich aufzulehnen und sich zu wehren. Und so einen Vorgeschmack darauf bekommt, welche Macht sie hat. Und wenn die Arbeiter:innen ihr Potenzial erkennen, erkennen sie vielleicht auch die Notwendigkeit, weiterzugehen und nicht nur ihren Boss, sondern das ganze System herauszufordern. ■

*Maria Brücke, Berlin*

Übersetzung von SON: <https://speakoutsocialists.org/strikes-spread-nationwide-a-sign-of-the-future/>



Putsch im Sudan:

# Es gibt keinen Mittelweg gegen die Diktatur

**Am 25. Oktober gab es im Sudan einen Militärputsch, mit dem die zivile „Übergangsregierung“ unter Premierminister Hamdok gestürzt wurde. Die Ereignisse im Sudan sind besonders bedeutsam und voll tragischer Lehren, weil diese Übergangsregierung aus der revolutionären Aufstandsbewegung von 2019 hervorgegangen ist.**

Vor zweieinhalb Jahren hatte es die Bevölkerung geschafft, durch einen langen Kampf, der ihrerseits zahlreiche Todesopfer auf Seiten der Bevölkerung forderte, den Diktator al-Baschir zum Rücktritt zu zwingen<sup>1</sup>. Dieser Militär war 30 Jahre an der Macht und hat sich zahlreicher Verbrechen schuldig gemacht, unter anderem des faktischen Völkermords in der Region Darfur. Auch wenn al-Baschir vom Militär abgesetzt wurde — das Militär blieb zunächst an der Macht. Doch die Massen gaben sich damit nicht zufrieden, sie wollten nicht nur den Mann an der Spitze, sondern die ganze Militärdiktatur loswerden. Unter dem Druck der anhaltenden Massenmobilisierungen wurde schließlich ein Kompromiss geschlossen: Eine zivile Regierung, mit allerdings einem über der Regierung stehenden und zunächst von den Militärs geführten „Souveränitätsrat“, der drei Jahre später nach demokratischen Wahlen die Macht vollständig abgeben sollte.

### **Geteilte Macht = Ohnmacht der Bevölkerung**

Doch an der Spitze der Armee standen weiterhin dieselben Männer, die schon unter al-Baschir geherrscht hatten. Insbesondere die offizielle Nummer zwei im Militär, Hemeti, der führend an den Massakern in Darfur beteiligt war und auch die blutige Repression gegen die Aufstandsbewegung 2019 geleitet hatte.

Diese „Teilung der Macht“ war nicht im Interesse der Protestbewegung. Die zivile Übergangsregierung durfte sich mit der elenden wirtschaftlichen Lage herumschlagen und setzte unter anderem Subventionskürzungen im Auftrag des IWF als internationalem Kreditgeber um. So wurde gerade die arme Bevölkerung durch Preissteigerungen besonders getroffen. Die Armee hatte nie vor, die Macht nach drei Jahren wirklich abzu-



geben, sondern versuchte Zeit zu gewinnen um die Demokratiebewegung schließlich niederzuschlagen. Das hat sie nun mit ihrem Putsch endgültig bewiesen.

### **Neue Gegenwehr**

Doch es ist nicht sicher, dass die Generäle sich nicht verrechnet haben. Auf jeden Fall sind die Proteste gegen den Putsch schnell aufgeflammt und zum Redaktionsschluss der Aurora ist nicht absehbar, ob sie durch blutige Repression gestoppt werden können. In den Tagen nach dem Putsch waren viele Arbeitende im Streik und die Hauptstadt wieder einmal von Barrikaden durchzogen. Am 30. Oktober protestierten hunderttausende Menschen auf den Straßen Sudans gegen die Militärdiktatur. Aufgerufen hatte unter anderem die Gewerkschaft *Sudanese Professionals Association* (SPA), die auch schon die Kämpfe 2019 angeführt hatte.

Am 7. November und am 13. November gab es weitere massive Demonstrationen. Das Militär hat reagiert, indem sie den abgesetzten Regierungschef Hamdok und vier Minister freigelassen hat, zugleich aber wird auf Protestierende mit Tränengas und auch mit scharfer Munition geschossen. Der neuerliche Blutzoll auf Seiten der Bevölkerung liegt schon bei mindestens 17 Toten und vielen Hunderten Verletzten.

Ein Motto der Demonstration vom 13.

November war „Keine Verhandlungen, keine Partnerschaft, keine Kompromisse“. Die Aktivist:innen im Sudan haben diese Erkenntnis leidvoll erkaufen müssen. Denn 2019 hatten ihre Anführer ihnen erzählt, man müsse für einen friedlichen Übergang den Kompromiss mit den Militärs akzeptieren. Die Arbeitenden und Entrechteten im Sudan hatten damals über Monate eine de facto revolutionäre Aufstandsbewegung durchgeführt, doch sie hatten keine revolutionäre Führung. Für eine erfolgreiche Revolution ist es notwendig, den Staatsapparat zu zerschlagen, also die Armee zu entmachten, zu entwaffnen und durch neue Machtorgane zu ersetzen, die direkt von der Bevölkerung kontrolliert werden. Stattdessen hatten die SPA und ihre Verbündeten einen zahnlosen bürgerlichen Übergang angestrebt, der auch das internationale Kapital nicht verschrecken sollte.

Es wird sich in den kommenden Wochen zeigen, ob die Bevölkerung dafür teuer bezahlen muss, oder ob die Revolution neuen Schwung erhält. ■

*Richard Lux, Berlin*

### **Referenzen**

<sup>1</sup> Über die Bewegung im Jahr 2019 und ihre Hintergründe siehe auch folgenden Artikel auf unserer Homepage: <https://www.sozialismus.click/die-sudanesische-revolution-im-angesicht-der-konterrevolution/>

## „Squid Game“ - Fiktion trifft Realität

**D**ie südkoreanische Serie „Squid Game“ auf Netflix schlägt alle Rekorde. Brutal, menschlich, spannend, alles passt auf die Serie, in der 456 überschuldete Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen sich überzeugen lassen, auf einer abgelegenen Insel Kinderspiele zur Belustigung mysteriöser „VIPs“ nachzuspielen. Sie treten gegeneinander an und kämpfen in mehreren Runden um viel Geld: 33 Millionen Euro. Die Verlierer... sterben. Und gestorben wird eine Menge. Hinter der Fiktion steht die Realität immer größerer sozialer Ungleichheit und die Verzweiflung überschuldeter Familien.

In einem Interview mit dem *Guardian* erklärt der südkoreanische Filmmacher Hwang Dong-hyuk, dass ihm die Idee zu dieser Serie 2009 angesichts der eigenen Familiengeschichte gekommen ist. Das Land war wirtschaftlich von der Finanzkrise hart getroffen. Seine Mutter hatte gerade den Job beendet wegen der Rente, er selbst hatte keine Aufträge. Die Familie war auf Kredite angewiesen. Auf die Frage des *Guardian*, warum er einen solchen grauenhaft brutalen Wettkampf erschaffen hat, in der menschliches Leben so wenig zählt, war seine Antwort: „Weil die Show von einer einfachen Idee getragen ist, wir kämpfen um unsere Leben unter sehr ungleichen Lebensumständen.“

### Für die Menschen in Südkorea ist jeden Tag „Squid Game“

Hinter dem früheren Autoarbeiter, der im Zentrum der Serie steht, gibt es die wahre Geschichte des Kampfes der Arbeiter:innen der Ssangyong Motor Fabrik. 2009 verkündete das Management, von den 5.300 Produktionsarbeiter:innen 2.646 zu entlassen. Eine/r von zwei! Wer bleibt? Wer geht vor die

Hunde? Die Streikenden besetzten 77 Tage die Fabrik und wehrten sich hinter Barrikaden gegen die brutal vorrückende Polizei. Einer der Streikenden beschrieb die Situation kürzlich gegenüber dem *Jacobin*-Magazin so: „Die südkoreanische Regierung hatte behauptet, sie würde uns schützen, doch stattdessen ist sie rücksichtslos über uns hergefallen. Das staatliche soziale Netz ist so schwach, dass Entlassung fast Todesstrafe bedeutet. Wenn Arbeiter nichts haben, woran sie sich halten können, dann beginnt der vertikale Fall. Das bedeutet Bankrott in seiner vollen Bedeutung, sozial und finanziell.“

Südkorea ist die zehntgrößte Wirtschaftsnation. Das bringt Reichtum für sehr sehr wenige, während viele zu den Verlierern gehören. Für die allermeisten heißt das ungeheure Armut, vor allem bei älteren Menschen, von denen 44% unterhalb der Armutsgrenze leben, hohe Jugendarbeitslosigkeit, unglaubliche Wohnungspreise, explodierende Schulden und Kosten für die Ausbildung der Kinder. Ein Drittel der Erwerbstätigen arbeiten „selbständig“; die meisten von ihnen sind seit Corona ruiniert. Die Privatschulden der Menschen

entsprechen 105% des Bruttoinlandsproduktes. Die Familien häufen Kredite an, von denen sie nicht mehr runterkommen. Südkorea hat die höchste Selbstmordrate unter den OECD-Ländern.

Die Arbeiter:innenklasse kämpft, immer wieder gibt es Streiks. Sie kämpft unter schwierigen Bedingungen. Nicht nur wegen der vielen prekären Arbeitsverhältnisse, sondern Gewerkschaftsaktivist:innen werden auch verfolgt und mit Prozessen überzogen. Der letzte große Streiktag des Gewerkschaftsdachverbandes KCTU am 20. Oktober stand unter fünf Hauptforderungen: Verbot prekärer Jobs; Beendigung der Diskriminierung der Arbeiter:innen in Betrieben mit weniger als 5 Beschäftigten, für die faktisch keine Arbeitsrechte gelten; Garantiertes Recht auf Gewerkschaftsaktivitäten (die Gewerkschaft für Lehrkräfte ist in Südkorea noch immer verboten); Öffentliche garantierte Gesundheitsversorgung, Transport, Bildung und Wohnungen; staatliche Beschäftigungsgarantie für die Zeit der Umstrukturierungen in der Industrie (das Problem der Entlassungen in der Autoindustrie wächst angesichts der Umstellung auf Elektroautos). Ungefähr 260.000 Gewerkschaftsmitglieder haben an dem Tag landesweit demonstriert, darunter 24.000 in Seoul. Alle gemeinsam gegen die Ausbeuter in Südkorea und überall auf der Welt, statt jeder gegen jeden in der Hoffnung auf den Jackpot – das wäre das Ende von „Squid Game“. Das fehlt noch, aber es ist ja schon eine zweite Staffel im Gespräch... ■

Sabine Müller, Berlin



Streik in Gumi bei der Mautbetreiberfirma, die privatisiert werden sollte - November 2019

# VERANSTALTUNGEN

Neben regelmäßigen Online-Veranstaltungen (Termine und Links über unsere Website und Sozialen Medien) könnt ihr uns nun auch wieder real erleben.

**ONLINE—ZOOM | 19:00 Uhr**

**Do, 02.12.** Kaputt gespart — über Kämpfe im Gesundheitswesen

**Düsseldorf | 18.30 Uhr | HHU, Raum 25.12.U1.22, Treffpunkt: Heine-Statue**

**Do, 25.11:** Was ist die Arbeiter:innenklasse heute? Und warum ist sie wichtig?

**Düsseldorf | 19.00 Uhr | Café Solaris, Kopernikusstr. 53**

**Do, 09.12:** Die große französische Revolution 1789-1799

**SAVE THE DATE! - RSO Sommercamp vom 29.07.2022 — 07.08.2022**

>>> Mehr auf [www.camp2022.sozialismus.click](http://www.camp2022.sozialismus.click) <<<

Alle bisherigen Referate findet ihr auf unserem  
YouTube Kanal:  
*Revolutionär Sozialistische Organisation*

Hier findet ihr uns online

Deutschland

[www.sozialismus.click](http://www.sozialismus.click)

  [rsodeutschland](https://www.instagram.com/rsodeutschland)

Österreich

[www.sozialismus.net](http://www.sozialismus.net)

 [rso\\_organisation](https://www.facebook.com/rso_organisation)

 [rsoorganisation](https://www.instagram.com/rsoorganisation)



## WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

**D**ie bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unter-

schiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umwelterstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau

Ihr erreicht uns in  
Deutschland unter:

[info@sozialismus.click](mailto:info@sozialismus.click)  
[www.sozialismus.click](http://www.sozialismus.click)  
+49 1777 800571

Und in Österreich:

[rso@sozialismus.net](mailto:rso@sozialismus.net)  
[www.sozialismus.net](http://www.sozialismus.net)

einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr auf [www.sozialismus.click/was-wir-wollen/](http://www.sozialismus.click/was-wir-wollen/)